



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen zur Struktur und zum Ausbau des Bildungswesens im Hochschulbereich nach 1970

Empfehlungen

Wissenschaftsrat

Bonn, 1970

e) Aufbringung der Mittel

urn:nbn:de:hbz:466:1-8308

zu den Grundsätzen der familienunabhängigen Förderung. Ebenso unerwünscht sind die weitgehenden Einwirkungen des Staates auf die Familienverhältnisse, die mit der familienabhängigen Förderung notwendig verbunden sind, weil eine dauernde Überprüfung von Einkommen und Vermögen der Unterhaltsverpflichteten erforderlich ist und Vorsorge für den Fall getroffen werden muß, daß die Unterhaltsverpflichteten zwar in der Lage, aber nicht bereit sind, dem Studenten Mittel in Höhe des Förderungsbetrages zur Verfügung zu stellen. Eine Abhilfe dadurch, daß dem Studenten ein Anspruch auf Studienförderung gegen den Staat gegeben wird, der seinerseits einen Ersatzanspruch gegen die Unterhaltsverpflichteten erlangt, würde unnötige Konflikte in die Familie tragen.

e) Aufbringung der Mittel

Angesichts des Interesses, das die Gesellschaft an der Ausbildung einer genügend großen Zahl qualifizierter Kräfte hat, liegt es nahe, die Kosten der Studienförderung ganz oder teilweise aus dem von der Allgemeinheit aufgebrachtene Steueraufkommen zu finanzieren.

Da es andererseits aber auch im Interesse jedes einzelnen liegt, eine gute Ausbildung zu erhalten, und da ein erfolgreich absolviertes Studium neben individuellem geistigen Gewinn auch bessere Berufschancen verschafft, erscheint es durchaus möglich, die geförderten Absolventen zur Aufbringung der Mittel heranzuziehen. Eine Beteiligung an den Kosten ist wünschenswert.

VIII. 2. Modell für die Studienförderung

Bei der Durchführung der Studienförderung sind verschiedene Variationsmöglichkeiten gegeben. Wie man die im vorausgegangenen Abschnitt erörterten Elemente der Studienförderung miteinander kombiniert, ist eine politische Entscheidung, bei der neben den Gesichtspunkten der Wissenschaftsförderung auch bildungspolitische, sozialpolitische und finanzpolitische Implikationen zu berücksichtigen sind. Die volle Verwirklichung der familienunabhängigen Förderung und der Finanzierung aus Steuermitteln würde die öffentliche Hand bei den zu erwartenden Studentenzahlen mit unvermeidbaren Ausgaben belasten.

Erst eine nähere Prüfung der dargestellten Förderungsprinzipien, die auch den Zusammenhang mit Fragen des Familien-